

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 12 (1932-1933)
Heft: 9

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

sucher Andrei. Die Verzweiflung des halt- und glaubenslos gewordenen gegenwärtigen Menschen bricht auf und klagt an. Und aus Not und Untergang schreitet gütig, hilfreich und selbstsicher der Gottsucher einer neuen Zukunft entgegen.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Unruhen in Genf. / Front der Jugend.

Die Probleme der schweizerischen Innenpolitik erregen in unserm Lande die Gemüter weit weniger, als dies im Hinblick auf die zahlreichen Wahl- und Abstimmungstage und den großen Preis der an politischen Entscheidungen unmittelbar Beteiligten zu erwarten wäre. Unsere Innenpolitik ist kein Spiel der großen Einsätze. Gewinn- und Verlustmöglichkeiten sind beschränkt, und das nur sehr langsam sich wandelnde Kräfteverhältnis der Parteien bringt es mit sich, daß eine grundsätzliche Umgestaltung unseres Staatswesens nach der einen oder anderen Richtung beinahe ausgeschlossen scheint. Fast möchte man glauben, es werde nach unveränderlichen Spielregeln noch auf unabsehbare Zeiten so weitergehen.

Dieses Bild steht in einem ungeheuren Gegensatz zu jenem, das alle unsere Nachbarstaaten, mit Ausnahme von Frankreich vielleicht, dem Beschauer bieten. Überall wird mit leidenschaftlichen Einsätzen um die innere, zum Teil auch um die äußere Neugestaltung des Staates gerungen. Uns jedoch gab der Wohlstand fette Ruhe. Grundsätzliche Auseinandersetzungen fehlten. Endlich hat uns die Krise in dieser Ruhe etwas aufgeschreckt. Es mehren sich die Zeichen dafür, daß es mit der Zeit einer starren innenpolitischen Mechanik bald zu Ende sei.

Vor einem Jahr, am 6. Dezember 1931, ereignete es sich, daß das Volk in der Abstimmung über die Alters- und Hinterbliebenenversicherung die Berechnungen und Kartenhäuser seiner Politiker ganz unerwartet zerschlug. Das Volk befand sich gegenüber den Parteien in einer „negativen Mehrheit“. Es wollte nicht, was seine Politiker wollten. Das wußte man, doch nicht mehr. Noch blieb es verborgen, ob der in der erwähnten Abstimmung zu Tage getretene Gegensatz nur der einen Vorlage galt oder ob sich dahinter nicht ein viel umfassenderer Gegensatz zwischen dem Volke und der herrschenden politischen Ordnung verbirgt?

Die letzten Wochen gaben beachtenswerte Aufschlüsse in dieser Hinsicht. Die scheinbar glatte Oberfläche unserer Innenpolitik ist an verschiedenen Orten plötzlich durchbrochen worden. Für kurze Zeit war der Blick in die Tiefe, auf die im Volkskörper gärenden Kräfte frei. Es geschah das nicht in den Ratskälern, noch in einem andern durch Gesetz und Verfassung sanktioniertem offiziellen Rahmen, sondern außerhalb derselben, in spontanen Kundgebungen, in der Besetzung der Rheinbrücken durch die erwerbslosen Lohnsticker im Oktober, in einer Landsgemeinde der schweizerischen Jugend in Bern und in dem blutigen Straßenkrawall in Genf.

Der Verlauf der Unruhen in Genf ist bekannt. Die Aufwiegler sind durch die Untersuchung ermittelt worden und harren der gerichtlichen Aburteilung. Darüber sind hier keine Worte zu verlieren, ebensowenig über das dringliche

Problem der Organisation einer allen Anforderungen genügenden Polizeitruppe. Bedeutsamer als all das scheint uns heute, daß das schweizerische Volk die politische Aufgabe erkennt, die ihm seit Jahrzehnten gestellt ist und die durch die Genfer Unruhen blickartig erhellt, aber immer noch nicht gelöst worden ist. In Genf hat es sich erneut gezeigt, daß es ein in sich geeinigtes, die ganze Bevölkerung umfassendes schweizerisches Volk nicht mehr gibt. Die schweizerische sozialdemokratische und die kommunistische Partei haben bei dieser Gelegenheit offen gegen Volk und Staat Stellung genommen. Das geschieht nicht zum ersten Male. Ähnliches ereignete sich im November 1918 und 1919. Die Parallele mit jenen Ereignissen ist so augenfällig, daß die Frage sich sofort aufdrängt, ob denn in den 14 seither vergangenen Jahren nichts geschehen sei, um der Wiedertehr solcher Revolten zu steuern?

Gestehen wir es uns nur ein: Es ist nichts geschehen, zum mindesten nichts Durchgreifendes! Die beliebte Politik der kleinen Mittel hat kläglich versagt. Als die Unruhen in den Jahren 1918 und 1919 dank der entschlossenen Haltung des Bundesrates und der in Zürich unter dem Kommando von Oberstdivisionär Sonderegger intervenierenden Truppen unterdrückt worden waren, fehlte es nicht an einsichtigen Männern, die darauf hinwiesen, daß es mit der Anwendung von Machtmitteln auf die Dauer nicht getan sei, wenn es nicht zugleich gelinge, durch eine grundsätzliche Wandlung der bürgerlichen Politik der marxistischen Propaganda den Boden zu entziehen. Versprechungen ergingen in Fülle. Aber in den folgenden Jahren der Hochkonjunktur wurden diese Mahnungen über den guten Geschäften sehr bald vergessen. Und wo man zur Tat schreiten wollte, zeigte es sich bald, daß die verfügbaren Mittel (Sozialpolitik!) der Aufgabe nicht genügten. So blieb denn alles beim alten; die Gegensätze aber haben sich seither noch wesentlich vertieft!

Der Marxismus hat die 14 Jahre bürgerlicher Untätigkeit gut genützt. Wohl schien es einige Zeit, als ob seine Kraft durch die Spaltung in Kommunisten und Sozialdemokraten gebrochen wäre. Aber die Hoffnungen auf die endgültige Verbürgerlichung der Sozialdemokratie erfüllten sich nicht. Trotz aller Zwistigkeiten haben die feindlichen Brüder, Kommunisten und Sozialdemokraten, den gemeinsamen Feind nie vergessen. Die Genfer Unruhen liefern dafür den augenfälligsten Beweis. Noch vor wenigen Monaten hatte die schweizerische sozialdemokratische Presse ihrem Genossen Nicole in Genf beinahe Verrat vorgeworfen, da er sich nach ihrer Meinung allzu sehr kommunistischen Methoden verschrieben hatte; als er jedoch bald darauf die blutigen Früchte seiner Politik erntete, da regnete es Solidaritätskundgebungen und aller Zwiespalt schien vergessen. Die Wiedernäherung von Sozialdemokraten und Kommunisten beruht ebenjowenig auf Zufälligkeiten, wie ihre einstige Trennung. Zur Zeit der Trennung hatte die Sozialdemokratie in Deutschland und andern Ländern die Macht an sich gerissen, der Kommunismus aber war im wesentlichen auf Rußland zurückgeworfen worden. Damals fühlte die Sozialdemokratie sich stark und die Kommunisten waren für sie auf dem Wege zur Macht nur ein Hindernis. Heute sieht sich die Sozialdemokratie auf der ganzen Welt durch die neuerstandenen nationalen Bewegungen bedroht. Sie hat die Stoßkraft des folgerichtigeren und radikaleren Kommunismus nötig. Annäherungsversuche zwischen der II. und III. Internationale finden daher auf der ganzen Linie statt. In unserm Lande tritt das, abgesehen von Genf, heute in der „Bernener Tagwacht“, dem Organ Grimms, am stärksten in Erscheinung. Eifrig setzt man sich dort für die „proletarische Einheitsfront“ ein. Aber auch bei den Zürcher Genossen ist diese Tendenz vertreten, obschon ihr Rücksichten auf die rote Stadtverwaltung einen Dämpfer aufsetzen. Nur die „Volksstimme“ in St. Gallen blieb dem gemäßigten Kurse treu. Doch wäre es verfehlt, auf diese sozialdemokratische „Rechtsopposition“ oder gar auf die religiösen Sozialisten um Prof. Ragaz und den „Aufbau“-Kreis Hoffnungen zu setzen. Es ist zwar ein „evolutionärer“

und kein revolutionärer Sozialismus, den sie verkünden, in ihrer antinationalen Haltung unterscheiden sie sich aber vom revolutionären Flügel keineswegs.

Das Gift der mit Kriegsende erneut einsetzenden klassenkämpferischen, antinationalen Propaganda ist tief in unser Volk eingedrungen. Es zehrt am Mark. Es gibt heute eine Schicht Menschen in der Schweiz, und sie ist nicht gering, für die das Wort Eidgenosse eine Schmach bedeutet und die in grenzenloser Verblendung nichts anderes mehr sieht und kennt als die Diktatur des Proletariates, die sie als Ergebnis der gegenwärtigen Krise gläubig erwartet. Das ist die bittere Wahrheit über unsern gegenwärtigen Zustand, die gerade in bürgerlichen Kreisen immer wieder verkannt wird. Darauf muß in einer Zeitschrift, die um das Schicksal unseres Volkes besorgt ist, immer wieder hingewiesen werden. Wir haben diese Wahrheit nicht aus Zeitungsberichten. In Arbeiterversammlungen und Arbeiterquartieren haben wir sie nach den Vorfällen in Genf vielfach persönlich erfahren. Der Zustand ist gefährlich. Ein innerlich zerrissenes Volk ist außenpolitischem Drucke nicht mehr gewachsen, wenn es auf die Probe gestellt wird. Man erinnere sich des Jahres 1798! Aber auch innenpolitisch stehen uns schwerwiegende, ja wahrscheinlich weitere und noch blutigere Auseinandersetzungen bevor, wenn es nicht zu einer grundsätzlichen Wandlung, zu einer Wiedervereinigung der vom Volke losgelösten Massen mit den übrigen Ständen kommt.

Wer aber wird unserm Volke diese Wandlung bringen? Eine Schwentung der marxistischen Parteien erscheint nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte ebenso ausgeschlossen, wie ein erfolgreicher Einbruch der alten bürgerlichen Parteien in die rote Front. Die Lage wäre hoffnungslos, hätte uns nicht eine andere Begebenheit gezeigt, daß die notwendige Wandlung sich in den jüngsten Schichten unseres Volkes selbst vorbereitet. Unsere Hoffnung gilt der Front der Jugend, die in der auf den 29. und 30. Oktober von der „Neuen Helvetischen Gesellschaft“ nach Bern einberufenen „Landsgemeinde der Schweizer Jugend“ erstmals klar in ihrer ganzen umfassenden Breite zum Ausdruck kam. Die junge Generation, die in der Kriegs- und Nachkriegszeit ihre bestimmenden Eindrücke empfing und dem Geiste der Vorkriegszeit sich nicht mehr verpflichtet fühlt, kam an dieser Tagung zusammen. Die Einladung war an alle ergangen, die „besorgt sind um die Zukunft unseres Landes“. Vertreten waren die „Liberale Jugend der Schweiz“, der „Schweizerische Studentenverein“ (der umfassende Verband der katholischen Akademikerschaft unseres Landes), die „Neue Front“, die waadtländische nationale Vereinigung „Ordre et Tradition“ und eine Reihe lokaler Gruppen, vor allem aus der welschen Schweiz. Leider fehlten bäuerliche und sozialistische Gruppen. „Das große Erlebnis der Berner Tagung,“ so schreibt ein Teilnehmer im „Zürcher Student“, „war die Rundgebung des leidenschaftlichen Willens der jungen Generation, aus der Stagnation unseres politischen Lebens und aus der Verkrampfung der Gegensätze herauszukommen. Es ging dabei nicht nur um die Frage der Neugestaltung von Staat und Wirtschaft, wie das Thema lautete, sondern um mehr: um die Erneuerung von Staat und Gesellschaft schlechthin.“ Die junge Generation begnügte sich nicht mit schönen Reden. Der Weg, auf dem die verschiedensten Richtungen gemeinsam den Neubau des Staates zu verwirklichen hoffen, wurde deutlich gewiesen. „Neue Front“, Katholiken und Welsche trafen sich im Bekenntnis zur korporativen Ordnung. Die „Jungliberalen“ waren trotz ihrer Opposition gegen den Ständestaat gar nicht so weit von ihm entfernt. Dogmatisch betrachtet hatten ihre Vorschläge mit „Liberalismus“ herzlich wenig mehr zu tun, denn auch sie wollten durch die Institution eines besonderen Wirtschaftsrates die getrennte Behandlung von wirtschaftlichen und politischen Fragen versuchen, um also die Politik von den Fesseln der Wirtschaft zu befreien und Raum für den starken Staat zu schaffen. Wohl erinnerte ihr Bestreben, Neuland zu erreichen, ohne den alten Boden zu verlassen, noch sehr an die beliebte Kompromißpolitik der alten Parteien, sodaß das „Berner

Tagblatt" in einer geistreichen Berichterstattung wohl mit Recht die „Alten Jungliberalen" von den übrigen Gruppen der „Neuen" schied. Die „Neuen" waren indessen in der Mehrheit. Niemand konnte sich daher dem Eindrucke entziehen, daß heute ein junges Geschlecht heranwächst, das in vielen Dingen ganz andere Wege beschreiten wird, als seine Väter.

Daß verschiedene Gesicht der jungen und alten Generation hat manchenorts bereits neue politische Gruppen auf den Plan gerufen, die auch in unserm Lande, außerhalb der offiziellen Parteien, wie Pilze aus dem Boden schießen. Deutlich aber zeigt sich der Gegensatz der Generationen auch dort, wo er innerhalb einer mächtigen Partei, wie beispielsweise der katholisch-konservativen, zum Ausdruck kommt. Gerade dort fällt es auf, welche bedeutsame Wandlungen innerhalb der schweizerischen Politik davon in den nächsten Jahren zu erwarten sind. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der katholisch-konservativen Partei war während Jahrzehnten durchaus liberal. (Sachhofer hat das in der Schweizerischen Rundschau schon im August 1931 überzeugend nachgewiesen.) Ihr Gegensatz zu den übrigen bürgerlichen Parteien war rein konfessionell bedingt. Der junge Katholizismus, vor allem die führende geistige Schicht, wie sie in Bern durch den „Schweizerischen Studentenverein" vertreten war oder in der „Schweizerischen Rundschau" zur Sprache kommt, bekennt sich heute zur ständisch-korporativen Gesellschaftsordnung. Sie stützt ihr Bekenntnis auf das am Pfingsten 1931 erlassene päpstliche Rundschreiben „Quadragesimo anno". Tausende von jungen Menschen werden durch den Klerus in diesem Geiste erzogen. Tausende, die außerhalb des katholischen Lagers stehen, streben demselben Ziele zu, in der Überzeugung, daß alleine eine ständische Gliederung Chaos und Verfassung der Gegenwart zu überwinden vermag. Diese Entwicklung wird ein allmähliches Ausscheiden der katholisch-konservativen Partei aus der liberal-bürgerlichen Front in allen Fragen der Gesellschaft und Wirtschaftsordnung notwendig zur Folge haben. Es ist dies unvermeidlich, wenn sich die Partei nicht in Gegensatz zur Kirche selber stellen will. Bundesrat Müssis Bekenntnis zur korporativen Ordnung in der letzten Bundesversammlung wurde hier bereits registriert. Es ist ein deutlicher Fingerzeig. Aber auch das Votum von Dr. Lorenz, eines maßgebenden Mitarbeiters unseres Volkswirtschaftsdepartementes und Verfassers der Schrift „Korporativer Aufbau", in der kürzlich einberufenen schweizerischen Wirtschaftskonferenz erhellt diese Entwicklung.

Gleichzeitig löst sich auch die Bauernpartei immer stärker aus der liberalen Front, da die bäuerliche Wirtschaftspolitik sich mit den liberal-freihändlerischen Prinzipien schlechterdings nicht mehr verträgt. Vor kurzem hat der bekannte Bauernführer, Prof. Laur, das Werden einer „antikapitalistischen Volksbewegung" angekündigt. Sie hat in der beschriebenen, durchaus antimarxistischen Form, nicht nur die Jugend und die oben erwähnten Parteien, sondern wohl schon breitere Volksschichten ergriffen. Das Verständnis dafür, daß die Belange der Volkswirtschaft dem Gewinnstreben der Einzelnen vorgehen müssen, ist für viele schon Gemeingut geworden. Die erfolgreiche Besetzung der Rheinbrücken durch die erwerbslosen Lohnsticker bietet dafür ein anschauliches Beispiel. Aufstände für Klasseninteressen hat es immer gegeben. Erhebungen zu Gunsten einer wahrhaft nationalen Wirtschaft, das ist etwas ganz neues! Und wenn es auch die Not einer ganz bestimmten Klasse war, die die Leute zur Tat schreiten ließ, so bleibt es doch bemerkenswert, daß sie sich nicht mehr der internationalen, marxistischen Heilslehre anvertrauten, sondern eine neue Losung ausgaben: Nationalwirtschaft, Volksgemeinschaft!

Das aber ist der Weg, den auch die junge Generation in Bern verfolgte. Sie weiß, daß an eine Wiedervereinigung unseres zerrissenen Volkes und an eine Überwindung des klassenkämpferischen Marxismus nur zu denken ist, wenn sie der Arbeiterchaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bieten kann, die nicht nur dem Einzelnen, sondern ebenso auch der Gemeinschaft, d. h. dem Volke dient. Darum

möchte sie Liberalismus und Marxismus, These und Antithese überwinden und durch das Mittel der korporativen Ordnung auf nationaler Grundlage eine neue Synthese schaffen.

Unser Volk ist heute durch den Klassenkampf in seiner Existenz bedroht. In Genf plagte die Giterbeule. Wir bedauern es nicht. Jetzt, da die Krankheit allen sichtbar ist, regen sich neue Kräfte, und aus dem Volke selbst wächst die Bewegung, die berufen ist, uns die nationale Erneuerung zu bringen.

Zürich, den 29. November 1932.

Robert Tobler.

Zur politischen Lage.

Deutsch-französisches Gespräch. / Der Herriot-Plan. / Krankes Europa.

Die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich, das nach wie vor die Achse ist, um welche die europäische Politik kreist, ist in ein neues Stadium eingetreten. Wie erinnerlich, schlug das Kabinett Papan in Deutschland bald nach seiner Einsetzung durch den Reichspräsidenten gegenüber dem westlichen Nachbar eine ziemlich scharfe Tonart an. Neben Papan war es insbesondere General von Schleicher, die politisch bedeutsamste Persönlichkeit des Kabinetts, der sich zum Wortführer der neuen Richtung machte und in mehreren Reden keinen Zweifel darüber aufkommen ließ, daß die Zeit endlosen Hin- und Herredens vorbei sei und die Grundfragen des Verhältnisses Deutschland-Frankreich mit nüchternem Verstand auf die eine oder andere Art gelöst werden müßten. Als Hauptforderung Deutschlands wurde von Anfang an das Problem der militärischen Gleichberechtigung in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt. Es mag unerörtert bleiben, ob die außenpolitische Tätigkeit des Kabinetts Papan vorwiegend auf taktische Überlegungen innerpolitischer Natur zurückzuführen ist. Wesentlich ist, daß der Vorstoß gegen den Vertrag von Versailles sogleich eine Reihe schwerwiegendster Fragen aufwarf, die im Lauf der letzten Monate Gegenstand unendlicher Spannungen, Besprechungen, Noten, Hoffnungen und Befürchtungen waren. Europa steht heute vollständig unter dem Bann des deutsch-französischen Zwiegesprächs. Es geht im Grunde genommen darum, ob es gelingt, die Spannung zwischen den beiden Schicksalsmächten unseres Kontinents auf eine wirklich großzügige Art und Weise zu lösen, oder ob der Faden der Verständigung entgültig abreißen und dadurch Europa in neue furchtbare Wirren hineingetrieben wird. Die Gestaltung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich erweist sich heute deutlicher als je als die eigentliche Schicksalsfrage Europas.

Die deutsche Gleichberechtigungsforderung war an der Konferenz von Lausanne vom deutschen Reichskanzler erstmals offiziell in die Debatte geworfen worden, ohne jedoch im Augenblick weiter verfolgt werden zu können. Sie wurde brennend, als Deutschland auf der Abrüstungskonferenz erklärte, sich so lange von den Konferenzarbeiten zurückzuziehen, bis seine Gleichberechtigung von der Gegenseite anerkannt sei. Dies war der entscheidende Schritt. Es folgte die Note Englands, die eine in leicht schulmeisterlichem Ton vorgetragene Zurechtweisung Deutschlands enthielt, neue deutsche Erklärungen, die am einmal bezogenen Standpunkt festhielten, französische Gegenerklärungen und dergleichen mehr. Auch Stimmen von dritter Seite mischten sich in die Diskussion. So erklärte Lloyd George, auf dessen hauptsächlichstes Betreiben hin seinerzeit Deutschland zu seiner Reichswehr kam: „Ich nehme keinen Anstoß, mir die deutsche Auffassung zu eigen zu machen, die dahin geht, daß die Siegernationen schamlos die Treue in der Rüstungsfrage gebrochen haben.“ Und der konservative englische Journalist Garvin

schrieb im „Observer“: „Wir unterstützen mit Herz und Wille die einstimmige, unabänderliche und gerechte Forderung des deutschen Volkes auf militärische Gleichberechtigung und Sicherheit.“ Auch Mussolini erklärte sich in seiner großen Turiner Rede anlässlich der Zehnjahresfeier des Faschismus für die deutsche Gleichberechtigung, sodaß Frankreich sich dem von allen Seiten einsetzenden moralischen Druck nicht mehr länger entziehen konnte, sondern eine neue Stellung beziehen mußte, wenn es nicht Gefahr laufen wollte, in eine bedenkliche Isolierung hineinzugeraten.

Diese neue Position wurde mit dem Herriot-Plan bezogen. Von den einen als neuerliche Rundgebung des französischen Friedenswillens begrüßt und gepriesen, von den andern als neuer Versuch zur Aufrechterhaltung der französischen Hegemonie abgelehnt, steht der Plan heute im Mittelpunkt der europäischen Disfussion. Er stellt eine Weiterentwicklung der dem Europa-Projekt Briands von 1929 und dem Tardieu-Plan vom Februar 1932 zu Grunde liegenden Idee dar, bedeutet jedoch insofern einen Fortschritt gegenüber allen bisherigen Versuchen zur Organisation Europas, als in ihm — wenn auch unter sehr starken Einschränkungen — die grundsätzliche Gleichberechtigung der im Weltkrieg besiegten Nationen mit den siegreichen anerkannt wird. Der Herriot-Plan sieht die Möglichkeit einer stufenweisen Angleichung des Rüstungsniveaus der beiden Staatengruppen vor. Als Weg dazu ist die allmähliche Vereinheitlichung der kontinentalen Wehrsysteme, die Schaffung von Garantieabkommen, die Verfügung des Völkerbundes über gewisse militärische Formationen etc. projektiert.

Bei aller Anerkennung der französischen Bemühung darf nicht übersehen werden, daß das Grundmotiv des Herriot-Planes die *Sicherheit*, d. h. die *französische Sicherheit* bleibt. Unter diesem Gesichtspunkt ist es verständlich, daß das Projekt in Deutschland als Plan zur politischen Organisation Europas nach französischen Gesichtspunkten, nicht aber als Abrüstungsplan aufgefaßt wird. Man befürchtet, daß der Plan im Grunde auf die Sicherung des Status quo hinauslaufe, was sich namentlich in schweren Bedenken gegen einen europäischen Nichtangriffspakt äußert, durch welchen die politische Hegemonie Frankreichs verewigt und das französische Bündnisystem in Form eines Systemes des Völkerbundes sanktioniert würde. Die französischen Äußerungen über den Plan lassen denn auch keinen Zweifel darüber aufkommen, daß die Organisation der Sicherheit Frankreichs die erste und unentbehrliche Vorbedingung jeder Abrüstungsbeschränkung und jeder Anerkennung der Gleichberechtigung Deutschlands ist und bleibt. Wenn „Organisation der Sicherheit“ Errichtung eines Systems gegenseitiger Allianzen und militärischer Bindungen bedeutet, die einzig und allein geschaffen werden, um die europäische „Ruhe“ im Sinne eines weiteren und unveränderlichen Fortbestandes des Versailler Vertrages zu garantieren, dann allerdings bedeutet der Herriot-Plan keinen Fortschritt, sondern einen weiteren Versuch mit untauglichen Mitteln zur Überwindung eines Spannungszustandes, der nur durch eine umfassende Neuordnung der politischen Verhältnisse Europas gelöst werden kann. Kein Wunder, daß der Plan Frankreichs in der nationalistischen Presse Deutschlands äußerstem Argwohn begegnet. Allein selbst Blätter, die stets einer deutsch-französischen Verständigung das Wort redeten, äußern sich zurückhaltend. So schreibt die „Frankfurter Zeitung“: „Wie immer, wenn Frankreich mit seiner Politik gegenüber Deutschland das Richtige tut, geschieht es zu spät. . . Frankreich hat sich weder gegenüber den von höchstem Verantwortungsgefühl getragenen Beschwörungen eines Brüning, noch den diplomatischen Bemühungen eines v. Papen in Lausanne zugänglich gezeigt, — erst als Deutschland die Tür zutratte und mit scharfer Stimme verkündete, seinen Weg gehen zu wollen, war plötzlich alles möglich: die Gleichberechtigung kommt und die allgemeine Wehrpflicht obendrein.“ Es hat in der Tat den Anschein, als ob der psychologische Moment, in dem der Herriot-Plan befreiend gewirkt hätte, verpaßt sei.

Bei Beurteilung der Einstellung Deutschlands gegenüber Frankreich darf nie außer Acht gelassen werden, welch ungeheures Ressentiment die französische Nachkriegspolitik im deutschen Volk hinterlassen hat, ein Ressentiment, das zwangsläufig den nationalistischen und militaristischen Geist in Deutschland wieder aufleben ließ, den Frankreich mit dem Frieden von Versailles endgültig ausgerottet zu haben glaubte. Darin lag wohl der Grundirrtum Frankreichs, daß es meinte, durch Macht einen Zustand verewigen zu können, der nur durch täglich neue Bewährung der inneren Stärke des siegreichen Volkes aufrecht erhalten werden kann. Frankreich fühlt sich beunruhigt durch die elementaren und heute noch chaotischen Kräfte, die in Deutschland ans Licht drängen. Und nicht nur in Deutschland, sondern auch anderswo. Das manchmal geradezu krankhaft anmutende französische Sicherheitsbedürfnis läßt sich letzten Endes nur aus einem inneren Gefühl der Angst heraus erklären, einer Angst, die sich nicht nur auf das politische Gebiet erstreckt. „Frankreich konfrontiert sich,“ schreibt Sieburg, „seinen unermesslichen kulturellen Reichtum überblickend, seine geschichtlichen Kräfte prüfend, mit der Gegenwart, es sieht die Sturmflut einer neuen Welt ringsum steigen, und anstatt Welle im Meere zu werden, entschließt es sich, lieber eine Arche zu sein, Fenster und Türen zu verrammeln, um dann auf dem Felsen der Ewigkeit ans Trockene zu gerraten.“ „Es leidet unter den schöpferischen Akten anderer Völker, die es als Zerstörungsversuch, als Bedrohung seiner Dauer auffaßt. Wie ist es möglich, so jammert es, daß die übrige Welt über unsere Zivilisationsidee hinweg zur Tagesordnung übergehen will!“ „Frankreich versteht die Zeichen der Zeit nicht. Es fühlt seine zivilisatorische Suprematie schwanke, es fühlt, daß die Völker ihm längst entglitten sind, und glaubt, seine nationale Form stehe auf dem Spiele. Es bleibt sich selbst treu in der Überzeugung, daß diese Form für alle gelten müsse. Was seit 1918 geschehen ist, was sich zögernd aber eindeutig als Zukunft losringt, das bedeutet ihm nur das eine: Bedrohung. Armes Frankreich, das sich mit dem Schild der Friedensverträge gegen die Zukunft schützen will!“

Auf diesem tieferen Hintergrund will die französische Nachkriegspolitik betrachtet sein. Auf ihm erscheint der Herriot-Plan als ein weiteres Glied in der unendlichen Kette der Versuche, die 1919 geschaffene politische Ordnung Europas auch unter veränderten Verhältnissen aufrecht zu erhalten. Und doch kann sie auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden, ohne Europa als Ganzes nicht im Innersten zu gefährden! Vom Standpunkt Frankreichs aus ist seine Sicherheitsforderung verständlich. Es fühlt sich als Träger einer bestimmten Zivilisationsidee, deren Gegenpol in nahezu reiner Form Deutschland verkörpert. Aber das entgegengesetzte Prinzip kann auf die Dauer nicht unten gehalten werden. Nicht eine Idee als solche entscheidet letzten Endes über den Fortbestand einer bestimmten Ordnung, sondern die Kraft des Blutes, die in ihrem Träger wohnt. —

Die Verwirklichung des Herriot-Planes wird wesentlich von der Einstellung Deutschlands abhängen, und diese hinwiederum ist bedingt durch die Regierung, welche in Deutschland die auswärtige Politik macht. Immer noch bildet die nationalsozialistische Partei einen Faktor, der außerhalb der Verantwortung steht und ein beständiges Moment der Unsicherheit ist, das eine starke und geschlossene Vertretung der deutschen Interessen nach außen erschwert. Von dieser Erkenntnis ging Papen aus, als er nach den Reichstagswahlen vom 6. November sich an Hitler wandte und sich neuerdings um dessen Mitarbeit bemühte. Als Hitler Vorbehalte machte, wurde das alte, seit der Einsetzung Papens mit dem Nationalsozialismus getriebene Spiel in neuer Form fortgesetzt mit dem Ergebnis, daß der Eintritt der Nationalsozialisten in die Regierung abermals nicht zustande kam. Es ist erschütternd, zu sehen, wie es den maßgebenden Männern nicht gelingt, die Bewegung, ohne die in Deutschland auf die Dauer nicht regiert werden kann, in den Staat einzubauen. Solange diese brennendste Frage der deutschen Innenpolitik nicht gelöst ist, wird auch

eine starke und zielbewußte Außenpolitik nicht möglich sein, was selbstverständlich seine Rückwirkungen auf die mit dem Herriot-Plan zusammenhängenden Probleme haben wird.

Ein weiterer Unsicherheitsfaktor in der internationalen Politik ist der immer noch nicht gelöste chinesisch-japanische Konflikt, der zur eigentlichen Schicksalsfrage des Völkerbundes geworden ist. Die zum Studium der ostasiatischen Verhältnisse eingesetzte Lytton-Kommission hat ihren Bericht schon längst erstattet. Er lautet für Japan ungünstig. Der Völkerbund aber ist innerlich zu schwach und zu sehr durch widerstrebende Interessen seiner Hauptmitglieder zerrissen, als daß er aus dem Lytton-Bericht seine Konsequenzen ziehen könnte und zum Handeln käme. Auf's neue zeigt sich die Fragwürdigkeit einer Politik, die die Existenzfragen von Völkern am andern Ende der Welt vom grünen Tisch in Genf aus lösen und reinen Machtfragen anders als durch Macht beikommen will.

Alles in allem: Die politische Lage ist so ungeklärt als je. Die Diplomaten rasen von Konferenz zu Konferenz, eine Note jagt die andere. Vorschläge zur Lösung der allmählich unhaltbar werdenden Spannung tauchen auf und verschwinden, ohne daß sichtbare Fortschritte erzielt werden. Langsam weicht der Glaube aus dem Bewußtsein der Völker, daß mit den bisherigen politischen Methoden überhaupt noch eine Lösung erzielt werden könne. Ein Fatalismus greift Platz, der umso gefährlicher ist, als unter seiner trügerischen Oberfläche sich elementare Kräfte aufstauen, die den gewaltsamen Umsturz der herrschenden Ordnung als einzigen Ausweg predigen. Statt daß in einer Zeit höchster Not gehandelt wird, wird geredet. „Die ganze Welt ist dieser endlosen Konferenzen müde,“ schrieb kürzlich eine deutsche Zeitung, „die nie zu einer wirklichen Klärung und Aufhellung der über Europa lagernden Finsternis führen und in denen nur die Lüge siegt und eine jämmerliche Schaumschlägerei die lebenswichtigsten Fragen sinnlos hin- und herschiebt, ohne dem allgemeinen Verfall einen Damm der Rechtfchaffenheit entgegenzusetzen, auf dem neu gebaut werden könnte. Eine schwere Konferenzmüdigkeit ist das letzte Resultat all dieser im Grunde unaufrichtigen und jedenfalls lauen Bemühungen, ein neues, für alle erträgliches, auf gegenseitiger Achtung beruhendes Zusammenleben der Völker einzuleiten. . . Wann wird dieser Jammer ein Ende nehmen?“ Er wird dann ein Ende nehmen, so möchten wir antworten, wenn die Völker Europas sich endlich zur Erkenntnis ihrer Schicksalsgemeinschaft durchgerungen haben. Es muß eine Ordnung der europäischen Verhältnisse geschaffen werden, in der die Lebensberechtigung eines jeden Volkes anerkannt wird und einem jeden die seiner inneren Kraft und Stärke entsprechende Stellung eingeräumt wird. Man darf sich heute keiner Täuschung darüber mehr hingeben, daß Europa einem ungeheuren Chaos entgegensteuert und binnen wenigen Jahrzehnten seine bereits wankende Geltung in der Welt endgültig verloren haben wird, wenn es nicht in absehbarer Zeit durch eine entscheidende und erlösende Tat gelingt, die Verkrampfung zu lösen. Neue Kriege und schwere innerpolitische Erschütterungen drohen die bereits erlahmende Lebenskraft unseres Kontinents vollends zu zerstören. Eine Hoffnung auf Rettung ist nur dann vorhanden, wenn jedes Volk die Existenzberechtigung und Eigenart aller andern nüchtern und ritterlich anerkennt und darauf verzichtet, widernatürliche Zustände aufrecht zu erhalten. Nur dann wird vielleicht noch zu retten sein, was heute in höchster Gefahr schwebt: die europäische Kulturidee.

Schaffhausen, den 27. November 1932.

Rolf Henne.

Aus der rätoromanischen Schweiz.

In einer Zeit, die unter dem schweren Druck der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Notstände leidet und in welcher Denken und Trachten so allgemein auf die Notwendigkeiten der materiellen Existenz und Fortexistenz gerichtet ist, mag es als gewagt erscheinen, sich mit einer nationalen geistigen Bewegung innerhalb verhältnismäßig engen Grenzmarken wie die der rätoromanischen Schweiz zu befassen. Wenn wir dennoch, der Einladung der Schriftleitung Folge gebend, die geistigen Bestrebungen der Rätoromanen zusammenfassend zu würdigen suchen, so tun wir dies auch im Bewußtsein, daß zahlreiche hochgesinnte Freunde des Rätoromanentums in den Schweizergauen dem intellektuellen Leben der Rätoromanen reges Interesse und hohes Verständnis entgegenbringen.

Die rätoromanische Schweiz mit ihrem geistigen und kulturellen Eigendasein erscheint uns in der heutigen zerrissenen und idealarmen Welt mit ihren so selbstsüchtigen Bestrebungen als eine Oase. Da steht ein kleines Bergvolk von rund 40,000 Seelen in krisenschwerer Zeit auf, um sein angestammtes Kulturgut vor den drohenden Gefahren zu schützen und zu retten und es in hingebender Pflege neuer Entfaltung entgegenzuführen.

Das Rätoromanische ist wohl unsere älteste Landessprache. Es genießt jedoch nicht den verfassungsmäßigen Schutz und die finanzielle Unterstützung der amtlich anerkannten Landessprachen, sondern muß sich damit begnügen, daß Wohlwollende sie als vierte Landessprache zu Ehren ziehen und ihr im Schweizerhaus Gastrecht gewähren. Läßt zwar der Staat seit einem Jahrzehnt ihr auch finanzielle Hilfe angedeihen, so ist und bleibt sie in der Hauptsache doch auf sich selbst angewiesen in ihrem doppelt schweren Daseinskampf. Es mag daher nicht ohne Interesse sein, zu verfolgen, was ein heimattreues Volk Jahr für Jahr in wirklich aufopfernder Hingabe für die Pflege und Erhaltung seiner über alles geliebten Muttersprache ins Werk setzt und vollbringt.

Waren diese Bestrebungen vor ca. 30—40 Jahren noch vorwiegend Sache führender Persönlichkeiten und dann einzelner Vereine, sind sie nun seit der 1919 erfolgten Gründung der *Ligia romontscha* zum planmäßig ausgearbeiteten Programm einer Zentralorganisation sämtlicher Kräfte geworden. Auf dem Wege dieses Zusammenschlusses sind die Rätoromanen zunächst zu einer einheitlichen offiziellen Vertretung nach innen und außen gekommen. Ihr gelang dann eine geordnete Finanzierung ihrer programmatischen Ziele und Bestrebungen auf dem Wege staatlicher Beihilfe, sodaß die unerläßlichen wissenschaftlichen Hilfswerke für die Sprache, wie Grammatiken und Wörterbücher, in Angriff genommen werden konnten.

Jahr für Jahr erstattet das leitende Organ der *Ligia romontscha* an der Hauptversammlung den Delegierten der angeschlossenen Taltschaftsorganisationen Bericht über den Stand dieser Arbeiten, über die Verwendung der verfügbaren Finanzmittel, nimmt die Tätigkeitsberichte der einzelnen Gliedvereine entgegen und stellt Arbeitsprogramm und Budget zur Diskussion. In der zielbewußten Verfolgung ihrer Ziele mußte die *LR.* jedoch bald die Unzulänglichkeit ihrer Finanzmittel feststellen. Sie entschloß sich daher zu einem nochmaligen Bittgang zur Mutter Helvetia, die ihr vor ca. zehn Jahren eine Jahressubvention von Fr. 10,000 bewilligt hatte. Sie ließ sich die angemessene Begründung ihres Gesuches angelegen sein. Das Interesse weiter Kreise für Bündens älteste Landessprache ließ sichern Erfolg erwarten. Da meldeten sich die südlichen Nachbarn im Tessin mit einem Unterstützungsgesuch für ihre nationalen Bestrebungen in Bern. Um diese Aktion nicht irgendwie zu beeinträchtigen, stellte die *LR.* ihr Gesuch in wohlwollender Rücksichtnahme zurück. Die tessinischen Eidgenossen fanden im Bundespalast williges Gehör, indem ihnen die verlangten jährlichen 60,000 Franken zugesprochen wurden.

Mit um so mehr Zuversicht leitete der romanische Bund nun letztes Jahr sein Subventionsgesuch nach Bern. Er glaubte mit um so mehr Grund auf die Entsprechung rechnen zu dürfen, als es sich im Tessin, im Gegensatz zur rätoromanischen, nicht um eine in ihrer Existenz bedrohte Sprache handelt. Dann ist zu berücksichtigen, daß der Landessprache des Kantons Tessin die notwendigen Hilfswerke, sowie alle für die italienischsprechende Bevölkerung der Schweiz nötigen Bildungsmittel vollauf zu Gebote stehen, dieweil das rätoromanische Volk das Notwendigste im Sinne wissenschaftlicher Anforderungen erst schaffen muß.

Es war daher für die Romanen eine recht bittere Enttäuschung, als ihnen die Krisis einen Streich spielte und die Antwort aus Bern eine vollständige Absage brachte. Diese wurde immerhin an zuständiger Stelle nicht als definitiv bezeichnet und nach Möglichkeit ein Zurückkommen in Aussicht gestellt. Mit der Krisis müssen wir ja rechnen. Auf Grund der letztes Jahr erhaltenen Antwort hofft die RM. aber doch wenigstens mit der bisherigen Unterstützung sicher weiter rechnen zu dürfen, um die wissenschaftlichen Hilfswerke zu Ende führen zu können. Dieser Auffassung wurde an der Jahresversammlung der RM. vom 27. November vom Präsidentenstuhl aus kräftig Ausdruck verliehen.

Neben diesen wissenschaftlichen Grundlagen wird auf mannigfache Weise am Weiterausbau von Sprache und Literatur gearbeitet. Dem vorjährigen Ferienkurs für romanische Lehrer in Rhäzüns folgte diesen Herbst ein solcher methodischer Sprachkurs für die Engadiner Lehrer in Zuoz. Er war vom Erziehungsdepartement veranstaltet und von Prof. Dr. R. Bieli organisiert und geleitet. Beide Kurse fanden sehr guten Anklang und führten erneut zur Erkenntnis der Notwendigkeit gründlicher Ausbildung der romanischen Lehrer in ihrer Muttersprache. Sie bewiesen aufs Neue, daß erst die Wissenschaft und tiefes Studium die Schönheiten und hohen idealen Werte der romanischen Sprache uns recht klarzulegen vermögen. Die Schaffung eines Lehrstuhls für romanische Sprache an der Universität Genf ward daher in romanisch Bünden mit ganz besonderer Freude begrüßt, zumal ein warmer Freund und hochverdienter Förderer derselben, Dr. Anton Bellemann, ein gebürtiger Holländer, mit dieser Professur betraut wurde.

Einem vielfach empfundenen Bedürfnis Rechnung tragend, hat sich Prof. Dr. Bellemann auch an die Ausarbeitung einer rätoradinischen Grammatik gemacht. Das Oberland erwartet von Modest May eine deutsch-romanische Grammatik für deutsche Freunde ihres Idioms. Für das nächste Jahr rechnet die RM. mit der Drucklegung des literarhistorischen Werkes „Im Lande der Rätoromanen“ von P. Maurus Carnot, dem geistvollsten Interpreten des romanischen Schrifttums. Da das Werk in deutscher Sprache erscheinen wird, erhalten die deutschen Freunde der romanischen Literatur eine willkommene Einführung in dieselbe.

Die rätoromanische Literatur selbst hat in den letzten Jahren neue Bereicherung erfahren durch die Dichter Gion Cadelli, Gian Fontana und J. Luzi, denen wir recht beifällig aufgenommene Gedichtsammlungen verdanken. Der romanischen Schuljugend wurden sorgfältig ausgearbeitete Schulbücher in ihrer Muttersprache in die Hand gegeben, die neue Liebe und Begeisterung unter der heranwachsenden Generation wachriefen. Die Sammlung „Tjespet“ (die heimatliche Scholle), die mit kundiger und glücklicher Hand von Prof. Dr. Gion Gahannes redigiert wird, brachte dieses Jahr in einem 1. Band die dichterischen Werke des jurisilvanischen Dichters Caspar Muoth heraus, die begeisterte Aufnahme fanden. Diese Werke gehören nämlich sprachlich und inhaltlich zum ureigensten und besten der rätoromanischen Literatur. Muoth (1841—1906) war ein Mann von genialer Begabung und umfassender Bildung und galt als der beste Kenner der Bündner Geschichte, sowie der romanischen Sprache und Literatur.

Dies einige Proben der bedeutenden Geistesarbeit eines kleinen Volkes während eines kurzen Jahres im Dienste nationaler Ideale. Sie scheint uns Gewähr zu bieten für eine hoffnungsvolle Weiterentwicklung und Selbstbehauptung.

Seewis-Lanz.

Josef Demont.

Um eine wehrhafte Schweiz.

Am 13. November verhandelte im Großratsaal der Waadt in Lausanne die 5. freisinnige Akademikertagung über „Schweizerische Wehrhaftigkeit und Abrüstung“. Zwei kurze Referate bildeten die Einleitung zu einer besonders von der jungen Generation rege benutzten Aussprache. Das Ergebnis war zwiespältig. Auf der einen Seite standen entschiedene Befürworter der Wehrhaftigkeit, sprachen von der Notwendigkeit, den Wehrwillen im Schweizervolk wach zu halten und verlangten den Ausbau unserer Landesverteidigung. Auf der andern Seite äußerten sich nicht Gegner unserer Landesverteidigung, aber eifrige Befürworter aller internationalen Abrüstungsbestrebungen, denen militärische Landesverteidigung nur noch als notwendiges Übel erscheint. Der Zwiespalt dieser beiden Einstellungen trat nicht scharf in Erscheinung. Den meisten Teilnehmern gelang es, beide Forderungen unter einen Hut zu vereinen: Landesverteidigung und Abrüstungsbestrebungen. Dementsprechend fiel auch die Resolution aus und das Ergebnis der Verhandlungen eines langen Vormittages ist die gleiche Zwiespältigkeit in diesen Fragen, die auch für den offiziellen Partei-Freisinn bezeichnend ist. Man hat für beide Forderungen ein offenes Ohr, sagt nach beiden Seiten zu. Man ist für die Landesverteidigung, aber auch für Abrüstungsbestrebungen. Man ist für die Abrüstung, aber unter Vorbehalt der Landesverteidigung. Man hat gottlob zwei Füße und leistet sich deshalb den Luxus, mit jedem Fuß in einem andern Lager zu stehen, weil man es beileibe nicht mit der einen oder andern Gruppe verderben will. Zwei Seelen wohnen in der weiten Brust des Freisinns, zwei Seelen auch in der Brust freisinniger Akademikerschaft.

Not getan hätte eine eindeutige und entschiedene Stellungnahme. Und zwar nicht für die Abrüstung. Denn Abrüstung geht die Schweiz direkt nichts an, weil unsere Armee nach dem Urteil maßgebender Abrüstungsfreunde das Muster einer abgerüsteten Armee darstellt. Wenn uns vielleicht eine kommende Heeresorganisation eine kleinere Zahl von Bataillonen und ähnliches bringen sollte, so werden solche Maßnahmen doch nicht den Charakter einer Abrüstung tragen, sondern lediglich eine durch militärische Gesichtspunkte diktierte Umorganisation unserer Landesverteidigung. Indirekt könnte uns die Abrüstung wohl interessieren, weil wir eine allfällige Abrüstung unserer Nachbarn begrüßen müßten. Im übrigen aber sind alle Bestrebungen nach Abrüstung oder Rüstungsbeschränkung eine Angelegenheit der Großmächte, und die machen bekanntlich, was sie wollen. Die kleinen Staaten dürfen wohl aus Courtoisie und weil es sich so besser macht vor der Welt, mitspielen in dem großen Theater, aber allerhöchstens als beitragspflichtige Statisten. Jrgend eine entscheidende Rolle ist ihnen nicht zugebach und können sie sich auch nicht anmaßen. Wenn man trotzdem immer wieder eine aktivere Rolle der Schweiz im Genfer Komödienhaus verlangt, so geschieht das aus einer selbstgefälligen Überschätzung unseres internationalen Einflusses und aus einer Verkennung des wahren Charakters der Genfer Konferenz. Man erreicht mit solchen platonischen Forderungen keine Förderung der Abrüstungs- und Friedensbestrebungen, sondern einzig und allein eine unheilvolle Verwirrung der Geister in unserm Volke. Denn alle die unermüdlich genährten Hoffnungen auf ein greifbares Resultat der Abrüstungskonferenz und ähnlicher Bestrebungen wirken auf die kritiklose Masse wie Opium. Sie schläfern ein und gaukeln im Dämmerzustand die schönen Trugbilder eines

ewigen Friedens vor. Und nur allzugerne gibt man sich diesen Trugbildern hin, nährt sie durch weitere Betäubungsmittel und will nicht erkennen, daß in Genf nur ein Markten und Feilschen stattfindet, während schon drohende Wolken ein kommendes Gewitter verkünden. Man vergißt ob den schönen Träumen das Gebot der Stunde: **Wehrhaftigkeit**. Unser Land kann einen kommenden Sturm nur bestehen, wenn es seine Hoffnungen nicht auf Andere setzt, sondern sich auf sich selbst und seine eigene Stärke besinnt. Unser Volk muß wieder bedingungslos die Wehrhaftigkeit bejahen. Es genügt nicht, daß in der Stunde der Gefahr alle zusammenstehen. Mit Morgensternen und Dreschlegeln führt man keine Kriege mehr. Jetzt, in Friedenszeiten schon, muß sich unser Volk zur Wehrhaftigkeit bekennen und muß seine Landesverteidigung so gestalten, wie dies einsichtige Führer verlangen.

Deshalb hätte gerade die freisinnige Akademikerschaft die Pflicht gehabt, all die Lauen, die Kompromißler, die Eingeschlängerten aufzurütteln, in ihnen den Wehrwillen wieder zu wecken und zu stärken. Sie hat dies versäumt und statt dessen ihrer so verheißungsvoll beginnenden Resolution selbst eine Dosis Opium beigegeben. Statt der Beschränkung auf das eine dringend Notwendige, fordert sie beides — und erreicht nichts.

Gottfried Zengin.

Unfreundliche Haltung.

Durch nichts verrät sich, wer seiner Sache ungewiß ist, mehr als durch die Art, wie er auf Kritik antwortet. Entweder antwortet er gar nicht. Das ist die bequemste Art der Antwort. Sie bewährt sich aber nur solange, als nicht, durch die Kritik geweckt, immer weitere Kreise von Mißtrauen erfaßt, dem Kritisierten das Stillschweigen als Schwäche und als Eingeständnis der Richtigkeit der Kritik auslegen. Oder er antwortet auf die Kritik, geht aber dabei nicht auf deren Inhalt ein, sondern lenkt den Leser auf etwas ab, was mit dem Gegenstand der Kritik nichts zu tun hat. So oder so schneidet sich der Kritisierte auf die Dauer aber ins eigene Fleisch. Je mehr er sich einem ernsthaften Eingehen auf die Kritik und ihrer sachlichen Widerlegung entzieht, desto mehr werden seine Anhänger oder Leser an der Güte seiner Sache irr. Nur wer wirklich auf falscher Bahn wandelt, scheut daher Kritik und sachliche Auseinandersetzung mit ihr.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ spricht in ihrem zweiten, unserer Zeitschrift gewidmeten Artikel vom 16. November von einer „höchst unfreundlichen Haltung“ der Monatshefte „gegenüber der freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz“. Also auf all das, was unsere Zeitschrift, und im besonderen der Schreiber, während nunmehr elfenhalb Jahren in vielen Aufsätzen, in zahllosen Monatsberichten und Randbemerkungen an den bestehenden staatspolitischen Verhältnissen unseres Landes und dabei naturnotwendig auch an derjenigen Partei, aus deren Lager der Schreiber und die Monatshefte zur Hauptsache herkommen, ausgesetzt, gerügt, gebrandmarkt und gegeißelt haben, antwortet die „Neue Zürcher Zeitung“ mit einem: „unfreundliche Haltung gegenüber der freisinnig-demokratischen Partei“. Man denkt unwillkürlich an Worte, die Bundesrat Meyer am diesjährigen Ustertag gesprochen hat: „Es ist gegenwärtig eine Weltmode, das Parlament zu kritisieren.“ Aus reiner Modesucht kritisiert gegenwärtig die ganze Welt die Einrichtung des liberalen Parlaments und niemals etwa, weil diese Einrichtung den Zweck, zu dem sie geschaffen wurde, nicht mehr erfüllt. Und genau so die Kritik an der gegenwärtigen Ordnung der politischen Dinge: sie ist einfach eine „unfreundliche Haltung“ gegenüber dem Bestehenden und niemals etwa ein Weck- und Warnruf, daß dieses Bestehende, und mit ihm die freisinnig-demokratische Partei, der Aufgabe, die unser Land und Volk an sie stellen, nicht gewachsen sind.

Zu den Gegenständen unserer Kritik hat von jeher auch eine unzweckdienliche Unterrichtung unserer Öffentlichkeit über die politischen Vorgänge des Auslandes durch einen Teil unserer Presse gehört. Im Oktoberheft dieses Jahres hatten wir beispielsweise in einem „Nachruf“ der „Neuen Zürcher Zeitung“ vorgeworfen, daß ihre Unterrichtung über das politische Geschehen in Deutschland in den letzten Jahren ungenügend gewesen sei, weil ihr Berliner J. S.-Berichterstatter infolge seiner „Volksfremdheit“ zu den „durch Geschichte und gegenwärtige Lage der schweizerischen Innen- und Außenpolitik gestellten Forderungen wohl nie ein Verhältnis gehabt“ habe. Die „Neue Zürcher Zeitung“ antwortete darauf in ihrem Abendblatt vom 4. Oktober unter anderem wie folgt: „Wer einen so schweren Vorwurf erhebt, muß zum mindesten etwelche Aktivlegitimation hierzu besitzen. Wenn der Leiter der Monatshefte die genealogischen Betrachtungen auf seinen eigenen Kasus ausdehnte, so müßte er ohne weiteres zugeben, daß er nicht qualifiziert ist, Urteile über das Ur-schweizertum anderer Schweizerbürger zu fällen.“

Wir haben uns redlich bemüht, den dunklen Sinn dieser Worte zu ergründen. Was wir mit der Bezeichnung „Volksfremdheit“ meinten, ist von der „Neuen Zürcher Zeitung“ sicherlich richtig verstanden worden. Eine Ausdehnung dieser „genealogischen Betrachtung“ über „Volksfremdheit“ auf unsern „eigenen Kasus“ kommt aber, wir können es der „Neuen Zürcher Zeitung“ versichern, wirklich nicht in Frage. Worin besteht also denn nach der „Neuen Zürcher Zeitung“ unsere mangelnde „Aktivlegitimation“ und „Nichtqualifikation“? Da wir selbstverständlich nicht annehmen, daß ein so gebildetes Blatt wie die „Neue Zürcher Zeitung“ eine ihr unbequeme Gegnerschaft vor ihren Lesern bewußt durch falsche Behauptungen in ein ungünstiges Licht zu setzen versuche, bleibt uns nur die eine Erklärung: Herrn Direktor Rietmann — gehen wir fehl, wenn wir ihn, da das Blatt trotz eifrigster und langdauernder Bemühungen noch heute keinen nach außen repräsentativen Chefredaktor besitzt, als Verfasser ansehen? — Herrn Rietmann also ist das gleiche Mißgeschick passiert, wie vor vierzehn Jahren seinem Kollegen Herrn Fueter. Als wir damals unsern ersten Strauß mit der „Neuen Zürcher Zeitung“ ausfochten und Kritik an ihrer in verschiedenerlei Hinsicht eigentümlichen Haltung übten, beruhte das einzige Argument, das Herr Fueter gegen unsere Kritik ins Feld zu führen wußte, auf einer — falschen Information! Herr Fueter bestritt uns die Aktivlegitimation und Qualifikation zu unserer Kritik, weil wir ein erst während des Krieges eingekaufter Sohn des deutschen Missionars Dehler in Basel seien. Herr Rietmann hätte allerdings Gelegenheit gehabt, unsere damals umgehend in der „Neuen Zürcher Zeitung“ erschienene Richtigstellung zu lesen, wonach wir nicht aus Basel, sondern aus Aarau stammen und wonach unsere Familie in der fünften Generation (seit 130 Jahren) das Schweizerbürgerrecht besitzt. Hätte er das getan, dann müßte er sich heute nicht vorhalten lassen, daß er einer Antwort auf einen sehr konkret gegen sein Blatt und die hinter diesem stehende Partei gerichteten Vorwurf auszuweichen versucht hat durch eine Ablenkung, die ihrerseits, weil ihr Urheber den entsprechenden Sachverhalt hätte wissen können und müssen, eher einer leichtfertigen und lieberlichen, als einer ernst- und gewissenhaften Journalistik gleich sieht.

Um aber noch einmal auf unsern Vorwurf der teilweise „volksfremden“ Auslandsberichterstattung der „Neuen Zürcher Zeitung“ zurückzukommen: die Schweiz kennt zur Zeit keine öffentlich erörterte Judenfrage. Das in der Schweiz alteingesessene Judentum erfreut sich allgemeiner Achtung und ist der gleichen Rechte und Pflichten teilhaftig, wie alle andern Schweizerbürger. Mit einer Ausnahme vielleicht: daß in unserm von unten her aufgebauten und daher in der Führerwahl streng filtrierenden Volksstaat volksfremde Elemente bisher selbsttätig durch die Volksmeinung von Stellen des öffentlichen Lebens ferngehalten wurden. In neuerer Zeit allerdings sind Ansätze zu einem Abgehen von diesem ungeschriebenen Volksgesetz vorhanden; so in gewissen Parteiorganisationen oder andern Vereinigungen

politischen Charakters, besonders aber in der für die Bildung der öffentlichen Meinung so wichtigen Presse. Über den langjährigen süddeutschen s. Berichterstatte der „Neuen Zürcher Zeitung“, der seit dem Ausscheiden von Herrn J. H. den Berliner Posten des Blattes verleiht, gibt beispielsweise das „Schweizerische Zeitgenossenlexikon“ u. a. folgende Auskunft: „Geboren in Moskau-Rußland, Bürgerort Zürich; studierte am Gymnasium in Berlin, später an der Universität Heidelberg, Frankfurt und Berlin. . . Ständiger Mitarbeiter der „Neuen Zürcher Zeitung“ und der „National-Zeitung“-Basel. . .“. Zweifellos hat Herr s. Moskau nicht wegen seines Ur-Russentums mit dem „Bürgerort“ Zürich vertauscht! Andererseits vermögen wir in dieser zufälligen zürcherischen „Bürgerortlichkeit“ keine Aktivlegitimation und Qualifikation für einen Berichterstatteposten zu sehen, dessen Aufgabe ohne engste Vertrautheit mit Geschichte und gegenwärtiger Lage unseres Landes nun einmal nicht zu erfüllen ist. Wir möchten also noch einmal, ob nun Mangel an geeignetem eigenem Nachwuchs oder anderes die Schuld trägt, mit aller Eindringlichkeit warnen: es ist eine Zerfallsercheinung und bedeutet für die Organisationsform einer bestimmten Volksschicht den endgültigen Niedergang, wenn die eigenen Posten oder die Posten der eigenen Organe nicht mehr mit Kräften, die dem eigenen Volk entnommen sind, besetzt werden können oder wollen!

Zürich, den 3. Dezember 1932.

Hans Dehler.

Kultur-und Zeitfragen

Preise für noble Leute.

Im Frühjahr 1914 protestierte der schwedische Ingenieur und Erfinder Leonad Swaß, einer der letzten, (damals) noch lebenden Testamentszeugen Nobels, in der „Woche“ gegen die übliche Verteilung der Nobelpreise, die er unzweifelhaft wohlmeinend, unzweifelhaft aber auch nicht im Sinne des Stifters nannte. Nobel, der stille und feindenkende germanische Aristokrat, war durch und durch eine s o z i a l ö k o n o m i s c h e Natur, er wollte auf große ideale Ziele gerichteten Geistern, Dichtern und Erfindern nützen, indem er in das gehemmte, ringende und ganz zu stocken drohende Dasein solcher begnadeter Männer gewissermaßen einen finanziellen Motor einstellte zu ihrer Arbeitserleichterung. Niemals habe er an einen „Ehrenpreis“ gedacht, und nun gar an einen für reiche Leute, immer an einen F ö r d e r u n g s p r e i s. Die Ehrungs-Richtung muß unbedingt verlassen und dafür eine ökonomische Fürsorgerichtung eingeschlagen werden. Nobelpreise sollen keine Ehrenpreise noch Veteranendenkmünzen, sondern A r b e i t s m o t o r e n a m W o h l d e r M e n s c h e i t sein. Swaß sprach von der Ökonomie des Geistes und hoffte, daß alle seine Landsleute gleich ihm bestrebt sein werden, Nobels Willen nach seinen eigenen Wünschen und Absichten zu erfüllen, wenn sie ihnen wie jetzt nachdrücklich und vertrauenswürdig dargelegt sind.

Das war vor 18 Jahren.

Soweit Literaturpreise verliehen wurden, waren es durch die Bank „Ehrenpreise und Veteranendenkmünzen für reiche Leute“. Oder hatte G a l s w o r t h y für sein vom Stocken bedrohtes Dasein einen finanziellen Motor nötig — ?